

14. Juni 2005, Neue Zürcher Zeitung

Vorurteile gegenüber dem Islam abbauen

Zürcher Muslime veröffentlichen eine Grundsatzerklärung

Seit den Terroranschlägen islamistischer Gruppierungen in der ganzen Welt sehen sich auch Schweizer Muslime vermehrt Anfeindungen ausgesetzt. Um Vorurteile gegenüber dem Islam abzubauen, legen die Islamischen Organisationen in Zürich in einer Grundsatzerklärung die Grundzüge ihrer Religion und ihr Staatsverständnis dar.

rib. Seit dem vergangenen Jahr, beobachtet Taner Hatipoglu, hätten sich negative Darstellungen von Muslimen in der Schweizer Presse gehäuft. Als Beispiel nennt der Vizepräsident der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ) ein Zeitungsinserat der Jungen SVP: Mit dem Bild eines zur Moschee verfremdeten Bundeshauses wird da eine angeblich drohende Islamisierung der Schweiz beschworen. So unsachlich solche Bilder seien, sagt Hatipoglu, in den Köpfen der Menschen setzten sie sich fest. Seit den Terroranschlägen islamistischer Gruppierungen in der ganzen Welt sähen sich auch die Muslime in der Schweiz vermehrt Vorurteilen und Anfeindungen ausgesetzt. Eine Studie der Universität Zürich zeige, dass Muslime in den Schweizer Medien meistens in negativen Zusammenhängen dargestellt würden. Dem wolle man etwas entgegensetzen, resümiert Hatipoglu. Angeregt durch die «Islamische Charta», die der Zentralrat der Muslime in Deutschland 2002 verabschiedete, beschloss die VIOZ, in einer Erklärung die Grundzüge des Islam und die Haltung der Muslime zur westlichen Gesellschaftsordnung darzulegen und damit Misstrauen und Vorurteile abzubauen.

Der demokratische Rechtsstaat als Basis

Am Montag haben Vertreter der Vereinigung Islamischer Organisationen im Zürcher Stadthaus die zehn Punkte umfassende Grundsatzerklärung vorgestellt, die im März verabschiedet wurde. Sie hält fest, die VIOZ achte die von der Verfassung garantierte rechtsstaatlich-demokratische Grundordnung und betrachte diese als Garant für das harmonische und friedliche Zusammenleben der Menschen. Das Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit soll nach dem Präsidenten des VIOZ, Ismail Amin, das Missverständnis beseitigen, Muslime stellten das islamische Recht, die Scharia, grundsätzlich über die Gesetze der Gastgeberländer. Nach islamischer Vorstellung, sagt Amin, sei die Situation klar: Wer als Muslim eine Einreiseerlaubnis für ein Land beantrage, verpflichte sich, die dortigen Gesetze zu befolgen.

In weiteren Punkten bekräftigt die Erklärung den Willen der in der VIOZ zusammengeschlossenen 15 Organisationen zum friedlichen Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen und Religionen in Toleranz und gegenseitigem Respekt. Sie verurteilt Gewalt und hält fest, kein Akt des Terrors sei durch den Islam zu rechtfertigen. Klar betont wird auch die Verbindlichkeit der Menschenrechte für die Muslime, der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Menschen, insbesondere auch die Gleichberechtigung der Geschlechter. Besonders, sagte Ismail Amin vor den Medien, wolle sich die VIOZ für die Integration der Muslime in die Gesellschaft einsetzen. Die Erklärung ruft die Muslime auf, im Alltag aktiv dem Gemeinwohl zu dienen. Gefördert werden soll auch der interreligiöse Dialog - dies vor allem durch Information.

Stadtpräsident Elmar Ledergerber würdigte die Grundsatzerklärung als Bekenntnis der Zürcher Muslime zur Demokratie und als Ausdruck ihres Willens zur Integration. Der Islam, sagte Ledergerber, sei in Zürich eine gesellschaftliche Realität: Allein in der Stadt Zürich lebten über 20 000 Muslime, im Kanton seien es über 60 000.

Nur schöne Worte?

Die Erklärung der VIOZ richtet sich laut ihren Verfassern ebenso an Muslime wie an Nichtmuslime. Sie soll nicht nur Verständnis für Muslime fördern, sondern auch bei den Zürcher Muslimen das Bewusstsein dafür stärken, dass sie den Grundwerten der westlichen Gesellschaften verpflichtet sind.

Dem Einwand, die Erklärung mache schöne Worte, wo nur Taten zählten, hielt Elmar Ledergerber entgegen, den Worten der Zürcher Muslime seien bereits zahlreiche Taten vorausgegangen. Die 1995 gegründete VIOZ sei für die Stadt seit langem eine verlässliche Partnerin. Dies habe sich bei den Verhandlungen gezeigt, die im vergangenen Jahr zur Eröffnung des muslimischen Grabfelds in Witikon führten. In Zusammenarbeit mit der VIOZ seien ausserdem bereits mehrere Merkblätter zur Teilnahme muslimischer Kinder an Klassenlagern sowie am Sport- und Schwimmunterricht in der Schule entstanden.

Mehr zum Thema:

[Dossier: Der Islam und Europa](#)

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2005/06/14/zh/articleCWAQE.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG
